

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Mitgliedsbeiträge haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Fetzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die einseitige
Pettizeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 45.

Sonnabend, den 9. November 1918.

22. Jahrgang.

In rasendem Tempo.

Revolution in Ungarn, Soldaten-Erhebung in Wien, Räumung Italiens durch die österreichischen Truppen, Abzug aus Serbien, gewalttätige Gründung des serbisch-kroatischen Staates, Abbruch der Verbindung Rumaniens mit Deutschland, Vorbereitung einer deutschfeindlichen Regierung in der Ukraine — das sind die Zeitereignisse, die uns jetzt ein Tag von 24 Stunden beschert. Wir stehen mitten in der Weltrevolution, die von Weitsichtigen längst als Folge des Weltkrieges erwartet worden ist und wir wissen nicht, wie weit ihr Flügel sich ausdehnen wird. In Rußland geboren, tritt sie ihren Zug durch die Länder an, wohl dem Volke, wo sie sich in den geordneten Bahnen der Zivilisation vollzieht und dem Grauen des Weltkrieges nicht noch die Schrecken des Bürgerkrieges hinzusetzt!

Dahem kriechen die seit Ludendorffs Abschied etwas verschüchterten Kriegsverlängerer wieder aus ihren Schlupfwinkeln hervor, wenden sich gegen die „klingelnden Friedensglocken“, fragen neugierig: „War Sindenburg einverstanden?“ — mit der Entlassung Ludendorffs nämlich — und versuchen auf hundert Methoden dem Volke die Notwendigkeit des Weiterkrieges und der Ablehnung des Waffenstillstandes zu beweisen. Vergebliches Beginnen! Nicht auf die Fortführung des Krieges wartet das Volk, sondern auf den Schluß. Darüber wird es keinen Zweifel lassen, wenn es zu einer Rundgebung aufgerufen wird.

In Oesterreich-Ungarn haben sich nun die Dinge eigenartig entwickelt: Der Kaiser soll gestiegen sein, hat aber noch nicht abgedankt. Anscheinend will er sich die ungarische Krone sichern, aber in Budapest verlangt man laut und deutlich die Republik. Die Ungarn haben vor einigen Monaten erst eine unzulängliche Wahlreform durchgeführt, die Volksmassen verlangen aber jetzt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Und die neue Regierung hat diesem Begehren bereits zugestimmt. Es ist, der ungarische Politiker und Gewaltmensch, wurde kurzerhand erschossen, ihm wird ein großer Teil Schuld bezüglich der Aktion mit Serbien, die seinerzeit zum Krieg führte, zugeschoben. Also, Mord zu Beginn des Krieges, mit Mord endet der unheilvolle Krieg.

In Oesterreich ist das Chaos noch größer. Offiziere und Soldaten rissen in Wien die Hofkassen von den Klappen, die zentrale Regierung mit unsichigen Kreaturen und Bureaukraten an der Spitze mußte abtreten, und Mitglieder des Reichsrates, den verschiedensten Parteien angehörend, bildeten einen Nationalrat. Die bekannten Sozialisten Dr. Adler, Santsch und Dr. Kerner übernahmen wichtige Ministerposten. Leider hat das gewesene Oesterreich-Ungarn einen Waffenstillstand annehmen müssen, der klar und deutlich zeigt, daß die Entente auf einen Gewaltfrieden hinarbeitet. In dieser Hinsicht lauten die Bedingungen viel härter als diejenigen, welche im Februar 1918 die Russen annehmen mußten. Daraus kann man schon den Schluß ziehen, welche drückenden Bedingungen Deutschland auferlegt werden.

Auch in Deutschland hat sich großes zugetragen. Die Mitteldeutschen haben ausgespielt und ausgeträumt mit ihren Kriegszielen. Die Reichsverfassung wurde gründlich im demokratischen Sinne umgestaltet. Was früher in 30-jährigem zähen politischen Ringen nicht erreicht werden konnte, wurde jetzt im Handumdrehen gelöst. Das persönliche Regime ist gestürzt, der Kaiser wichtiger Rechte entkleidet, und der Reichstag stellt die Regierung und kontrolliert deren Politik. In der Reichsregierung sitzen als Sozialdemokraten die Abgeordneten Bauer, Dr. David, Scheidemann und Schmidt. Sollen wir etwa gar die Frage stellen, ob die Sozialdemokratie dadurch an Einfluß verloren hat? Leider denkt man in Arbeiterkreisen teilweise noch so, daß unsere Genossen in den Ministerien nichts zu suchen hätten! — Erst kürzlich gingen uns aus Kollegenkreisen zwei Briefe mit solchem Inhalt zu. Früher erschienen die Reichsstaatssekretäre auf den Unternehmertagen und holten sich dort ihre Informationen. Heute sitzt im Reichsarbeitsamt ein Sozialdemokrat, glaubt man denn, daß sich dieser durch die etwaigen Drohworte schwerindustrieller Kreise beeinflussen lassen wird! Also, die Demokratisierung hat begonnen, sie geht unaufhaltsam weiter. In Sachsen trat großes „Ministersterben“ ein; die Sozialdemokraten Frähdorf und Seidert wurden zu neuen Ministern ernannt, in Sachsen wird wegen der starken Industriearbeiterschaft den konservativen Kreisen besonders schmil. Auch in den süddeutschen Bundesstaaten gärt es, in Bayern, Baden, Hessen und Württemberg will man die Landtagswahlrechtsfrage in Fluß bringen, erweiterte Ministerien sollen gebildet werden. Der Sozialdemokratie werden Plätze in den Regierungen eingeräumt. Jetzt erst erkennen die bürgerlichen Kreise an, daß es unabweislich war, daß man seit einem Menschenalter die organisierte Arbeiterschaft außerhalb des Rahmens des Staates stellte. Die organisierte Arbeiterschaft ist geliebt, ihr Einfluß eminent gewachsen. Die bisher stets konservativ orientierte gewesene Reichsregierung ist über Nacht verschlungen und dadurch auch dem Junkerstaat Preußen zeitweilig das Genid gebrochen. Jetzt erst kann die Demokratisierung ungehindert weitergehen. Es werden sich genug noch manche Widerstände zeigen, aber der Wille des Volkes ist im Erfahren, zukünftig die Geschichte des Reiches selbst zu leiten.

Für die Zukunft muß es also heißen: Stärkt die Arbeiterbewegung, wir Steinarbeiter müssen besonders bemüht sein, unseren Verband wieder vorwärtszubringen. Die

wirtschaftliche Zukunft Deutschlands ist trübe, an dem Beispiele Oesterreich-Ungarns können wir schon erkennen, wie die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland lauten werden. Aber wir brauchen, komme was mag, Einigkeit und wieder Einigkeit in der Arbeiterbewegung, nur dadurch können wir den bis jetzt errungenen Einfluß noch weiter ausbauen und die Ausgestaltung des Reiches sicherstellen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Bestreben der Großindustrie nach einer unabhängigen Kohlenversorgung bewirkte bekanntlich seit langem den Emerch von Bechen und Kohlenfeldern durch zahlreiche Gesellschaften. Dieser Prozeß geht ständig weiter und führte, um die bei der „Jagd nach Kohle“ stark hervortretende Konkurrenz einzuschränken, verschiedentlich zum Abschluß von Kohlengemeinschaften. Ueber die Bildung einer derartigen Kohlengemeinschaft, an der neben den Rheinischen Stahlwerken die Friedrich-Krupp-Altkien-Gesellschaft und die Gruppe der deutschen Teerfarbenfabriken beteiligt sind, wird in dem Geschäftsbericht der Rheinischen Stahlwerke folgende Darstellung gegeben:

Neben uns bewarben sich in dem Liquidationsverfahren um die Aktien Friedrich Heintich die Friedrich-Krupp-Altkien-Gesellschaft in Essen und die Gruppe der deutschen Teerfarbenfabriken, vertreten durch die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, von denen die Firma Krupp gleich uns mit einem Grunderwerb — Gewerkschaft Norddeutschland — an die Berechtigte Friedrich Heintich angetraute. Wir verständigten uns mit den beiden genannten Gruppen in der Weise, daß diese zurücktraten, wir aber jeder von ihnen nach durchgeführtem Emerch des Gesamtvermögens der Aktien-Gesellschaft Friedrich Heintich eine Beteiligung von je einem Drittel an unserem alten syndikatsfreien inländischen Besitz einräumten und je ein Drittel der mit dem Vermögen Friedrich Heintich uns zufallenden Aktien der syndikatsfreien Gewerkschaften Friedrich Heintich I, II, III überließen, während die Firma Krupp ein Drittel der in ihrem Besitz stehenden Aktien der gleichfalls syndikatsfreien Gewerkschaft Norddeutschland uns tauschweise abtrat, und der Rest für die von uns überlassenen Beteiligungen in barem Gelde ausgeglichen wurde. Gleichzeitig verabredeten wir den gemeinsamen Ausschluß des nunmehr unter uns getheilten syndikatsfreien Feldbesitzes für die Zeit, in der man wieder an das Abtreten neuer Schächte wird herangehen können, sowie ferner ein Zusammengehen im bestehenden Kohlenyndikat auf dessen ganze jetzige Vertragsdauer durch Abschluß eines Verkaufsvereins. Dieser zum 1. April 1918 in Wirksamkeit getretene Verkaufsverein ermöglicht uns, beliebig durcheinander aus den sämtlichen Kohlenquellen aller drei Gruppen Brennstoffe für den Selbstverbrauch in Anrechnung auf die Beteiligungsziffern im Syndikat zu entnehmen.

Interessengemeinschaften dieser und ähnlicher Art treten häufig nach außen hin gar nicht in die Erscheinung, in anderen Fällen aber wird durch die Befugung von Verwaltungen und der Aufsichtsräte der Besitzverhältnisse Rechnung getragen. Vor kurzem hat Landgerichtsrat Dr. Sontag in der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ darauf hingewiesen, daß bei einem Zusammengehen von Privatpersonen und auch öffentlich-rechtlicher Korporationen zwecks Gründung gemeinsam zu betreibender Unternehmungen die Verteilung der Aufsichtsratsstellen auf Schwierigkeiten stoße, da nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches die Wahl der Aufsichtsräte nur durch freie Wahl der Generalversammlung zugelassen sei. Er beipflichtet auch einen Fall, in dem eine Vereinbarung über die Verteilung von Aufsichtsratsposten bei der Gründung eines gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens, in dem eine staatliche Verwaltung vertreten sein sollte, von dem Registerrichter und in Uebereinstimmung mit ihm vom Kammergericht abgelehnt worden sei. Um solchen Möglichkeiten vorzubeugen, empfiehlt er eine gesetzliche Regelung zu treffen, daß nicht nur staatliche Verwaltungen bei der Gründung von gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen das Recht haben sollen, sich vertraglich eine bestimmte Zahl von Aufsichtsratsposten einräumen zu lassen, sondern daß zum Schutz von Aktienminderheiten auch Privatleuten, die über einen bestimmten Aktienbesitz verfügen, die Vertretung im Aufsichtsrat gesichert werden soll.

Wie hoch er diesen Schutz der Aktienminderheiten einschätzt, ergibt sich aus der Gleichstellung seines Verlangens mit der Forderung, die einst Schmolter auf einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik erhob, nach der jede Aktiengesellschaft, deren Aktien- oder Obligationenkapital 75 Millionen Mark erreicht oder übersteigt, verpflichtet werden müsse, in ihrem Aufsichtsrat ein Viertel der Stimmen Personen zu übertragen, die der Reichsminister und die Landesverwaltung als geeignet bezeichnen. Zu diesem Vorschlage bemerkt nun Sontag: Man braucht soweit nicht zu gehen; es genügt, wenn die Aktionäre eine Gewähr dafür haben, daß sie im Verhältnis ihres Aktienbesitzes im Aufsichtsrat vertreten sind.

Diese Behandlung der Frage zeigt, daß Sontag gar nicht wie Schmolter an eine Vertretung des Staates in der Verwaltung von Aktiengesellschaften für den Fall denkt, daß der Staat über keinen besonderen Aktienbesitz verfügt. Ihm kommt es lediglich auf die Sicherung der Vertretung von Aktienminderheiten im Aufsichtsrat an. Dies aber ist eine Frage von höchst untergeordneter Bedeutung. Sontag selbst betont, daß es eine Frage sorgfältiger Ermägung sein müsse, festzustellen, ob die Aktionäre, die statt ihres Aktienbesitzes Aufsichtsratsmitglieder bestellen, ihre Aktien auch dauernd behalten. In der Praxis würde sich dabei eine ständige unhaltbarer Zustände ergeben. Viel wichtiger ist die Frage der staatlichen Kontrolle von Aktienunternehmungen, die durch ihren Umfang und Stellung den Charakter privatwirtschaftlicher Unternehmungen nicht besitzen oder abstreifen. Durch die Delegation einzelner Regierungsvertreter in die Aufsichtsratskreise derartiger Gesellschaften wäre aber wenig getan. Es würde nicht selten fraglich bleiben, ob sie überhaupt in dieser Position ein wirksames Prüfungsrecht ausüben können. Notwendig wäre ein Aufsichtsratsamt für Aktienbesitzer nach dem Muster des Aufsichtsratsamtes für Privatversicherer zu schaffen, das durch eine Reihe von Maßnahmen brauchbare Grundlagen für eine sachgemäße und leitende Kontrolle schaffen könnte.

Nach der im neuesten Wertjahrsbericht zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlichten Uebersicht über die zum Börsenhandel zugelassenen inländischen ausländischen Wertpapiere für das Jahr 1917 erreichte die Summe der Zulassungen nur etwa den zehnten Teil der Zulassungen in den Jahren vor Kriegsausbruch.

ansetzen, Provinzial- und Kommunalanleihen und Hypothekendarlehen, die in Friedenszeiten den Hauptteil an der Zulassung hatten, völlig in Fortfall kamen. Insgesamt wurden für 289 Mill. Mark inländische Wertpapiere zum Handel an deutschen Börsen zugelassen gegen 2721 Mill. Mark im Jahre 1914 und 2350 Mill. Mark im Jahre 1913. Im einzelnen handelt es sich vor allem bei den Zulassungen um Aktien industrieller Unternehmungen, auf die 250 Mill. Mark entfielen, gegen 224 Mill. Mark im Jahre 1914 und 284 Mill. Mark im Jahre 1913. Die Zulassung von Industriellen hält sich also ziemlich auf derselben Höhe wie im letzten Friedensjahre (1912 betrug sie dagegen noch 417 Mill. Mark). Industrielle Obligationen dagegen, die im Jahre 1914 im Friedensjahre 1908 bis 1912 zwischen 153 und 227 Millionen schwankte und die 1913 und 1914 noch in Höhe von 163 bzw. 167 Mill. Mark zugelassen worden waren, gelangten 1917 überhaupt nicht zur Zulassung. Von den 250 Millionen Mark zugelassenen Aktien industrieller Unternehmungen entfielen 49 Millionen auf Montanwerte, 57 Millionen auf Aktien von Maschinen- und Remitturfabriken, sowie Eisenbahnen, 13,9 Millionen auf Aktien von Unternehmungen der Metallverarbeitung und Feinmechanik, 41,6 Millionen auf elektrische Werte und 84,3 Millionen auf Aktien der Gesellschaften für chemische Industrie und verwandter Geschäftszweige.

Ausländische Wertpapiere wurden in den Jahren 1915, 1916 und 1917 zum Börsenhandel überhaupt nicht zugelassen. Das letzte Jahr, in dem solche Zulassungen noch stattfanden, 1914, hatte eine Gesamtsumme von 1,34 Milliarden erreicht, von denen 813 Mill. Mark auf Staatsanleihen (425 Millionen Mark ungarische, 387,1 Mill. Mark österreichische und 51 Mill. Mark bosnisch-herzegowinische) zu rechnen waren.

Berlin, den 22. Oktober 1918. Julius Kallisi.

„Steinarbeiter und Steinseher gegeneinander statt miteinander.“

Der Vorsitzende des Steinseherverbandes Genosse Knoll kommt in der Nr. 22 der Steinseherzeitung auf unseren Leipziger Verbandstag zurück und schreibt darüber zum Punkt: Handelsverträge und Steinindustrie, folgendes:

„Aus früheren Artikeln sind unsere Leser nun schon darüber unterrichtet, daß sich im Steinarbeiterverbande in der Pfistersteinsfrage ein Umschwung der Meinungen angebahnt hat. Und der Verbandstag sollte unter diesen Umständen das Siegel sehen. Wenn er es im letzten Augenblick doch noch nicht in aller Form getan hat, so geschah das auf Grund einer Verständigung unseres Vertreters mit dem Referenten, dem Genossen Staudinger. Die entsprechende Resolution wurde dahingehend gemildert, daß die Steinarbeiter erklären, ihren bisherigen (sozialistischen) Standpunkt nicht mehr aufrecht halten zu können, wenn die norddeutschen Stadtverwaltungen auch in Zukunft die Interessen der deutschen Pfistersteinarbeiter so wenig berücksichtigen würden, wie sie es bisher getan haben. Wenn es auf die beschlossene Resolution ankäme, so hätten wir Steinseher also keine Ursache, allzu besorgt zu sein. Denn wir sind überzeugt, daß — zu nächst in den ersten Jahren nach dem Kriege, der sogenannten Uebergangszeit — die norddeutschen Stadtverwaltungen, besonders die im Binnenlande, gar nicht die Möglichkeit haben werden, ohne dringende Notwendigkeit Pfistersteine aus Schweden zu beziehen, wenn sie deutsche zu angemessenen Preisen haben können. Das allerdings ist notwendige Voraussetzung. Sind aber wirklich deutsche Pfister vorhanden und sind sie zu angemessenen Preisen zu haben, dann wird das Reichswirtschaftsamt, das ja nach dem Kriege erst keine Haupttätigkeit entfalten soll, sicher keine Zustimmung zur Einfuhr ausländischer Pfistersteine nicht erteilen. Aber der Referent, der unsere Besoren beehrte Genosse Staudinger, hat sich in seinen Ausführungen und auch sonst viel zu sehr festgelegt, als daß wir den kommenden Dingen mit allzu großer Sorglosigkeit entgegensehen können. Wenn es z. B. in der von ihm empfohlenen Resolution zur Zollfrage heißt:

Trotz unserer vielen Eingaben haben Stadtverwaltungen wie Bremen, Hamburg, Lübeck, Rostock, Schwerin, Stettin, Danzig, Berlin, Spandau und viele andere deutsches Material nur selten

so kann man es allenfalls verstehen, daß von Städten wie Berlin, Spandau verlangt wird, daß sie ihre zum mindesten nur zweifelhaft begründete Vorliebe für schwedisches Material aufgeben. Aber von den in der Resolution angeführten deutschen Städten wird verlangt, daß sie unter allen Umständen dem deutschen Pfistersteinarbeiter den Vorrang geben sollen, das heißt doch, ihnen Kosten auferlegen, die wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sind. Da läßt die von Referenten Staudinger empfohlene und lange vor dem Verbandstage ausgearbeitete Resolution, die man doch wohl als ein Produkt reiflichen Nachdenkens anzupreisen hat, jedes wirtschaftspolitische Denken vermissen! Da ist die Forderung des Schutzes nicht mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern des Prinzipis. Denn die Kosten, die für einer großen Anzahl von Gemeinden auferlegt werden sollen, sind viel schwerer, als die Vorteile, die den deutschen Steinarbeitern jemals daraus erwachsen können.

„Erwachen Sinnen!“ — sagen wir mit Vorbedacht. Denn die Einführung des Pfistersteins bedeutet ja noch lange nicht die Zahlung höherer Löhne an die deutschen Pfistersteinarbeiter. Allerdings legt uns der Genosse Staudinger, daß er Einfluß in diese Richtung und Karten erhalten habe, aus denen er ersehen hat, daß die Arbeiter aber die Preiserhöhung für deutsche Pfistersteine auch jetzt in der Arbeitszeit ablehnen. Wir verstehen nicht an der Echtheit dieser Schreiben und noch weniger am guten Glauben des Genossen Staudinger. Aber er hätte gut daran getan, sich auch die Schreiben vorlesen zu lassen, die anders lauten — und noch besser hätte er getan, sich die Preise, die die Pfistersteinarbeiter heute schon haben, nennen zu lassen. Vielleicht wäre er dann doch zu der Ansicht gelangt, daß mancher dieser Herren Steinindustriellen ohne Schaden für seinen Profit heraus schon weitaus höhere Löhne zahlen könnte. Nun werden wir uns angelegen sein lassen, in diese Zusammenhänge hinein zu leuchten, und wir hoffen schon in der nächsten Zeit in der Lage zu sein, einige sehr interessante Zahlen veröffentlicht zu können. Auch muß hier die Veränderung der Resolution keinen Zweifel daran, daß der Steinarbeiterverband von dem Pfistersteinsoll sich eine ganz enorme Wirkung gewünscht der Pfistersteinarbeiter verweigert und deshalb entschlossen ist, ohne Rücksicht auf ihre geographische Lage — den Wünschen des Steinarbeiterverbandes nicht rechtlos folgen.

Damit getreten mit Zerstörer dann zweifellos in eine recht schwierige Lage. Für einen großen Teil unserer Berufsangehörigen ist der Pfahlersteingewinn ein Lebensfrage. Und wenn nun eine so große und bedeutungsvolle Gruppe, wie die Steinarbeiter und ihr Verband, sich rückhaltlos für den Fall erklären, so erleichtert uns das unsere künftige Stellung im wirtschaftlichen Leben durchaus nicht.

Es war daher kein Beweis von Feindschaft und wirtschaftlichen Verfehlungen, daß der Vertreter des Steinarbeiterverbandes einen Vorschlag einer Arbeitsgemeinschaft zu errichten und zu verwalten alle maßgebenden Wirtschaftsverhältnisse beider Gewerbe heranzuziehen zu suchen, schroff ablehnte, obwohl von unserm Vertreter ausdrücklich betont und wiederholt unterstrichen wurde, daß wir Steinseiger damit eine Grundlage der Verständigung suchen und finden helfen wollen. Aber die Begründung des Referenten für diese Ablehnung hörte, ohne die Verhältnisse zu kennen, der mußte unwillkürlich zu der Meinung gelangen, als seien die Steinseiger die größten wirtschaftlichen Gegner der Steinarbeiter. Es bewahrheitete sich auch hier wieder einmal die alte Erfahrungssache, daß der Eifer des Neubekehrten allemal weit über das Ziel hinausdrückt.

Wir sind unserer Bandorganisation deshalb nicht ernstlich böse. Die Steinarbeiter haben wirklich ein sehr erhebliches Interesse an der Existenz oder Durchföhrung nicht unnötig erschwerten Ausfuhr ihrer Arbeitsprodukte. Und ganz besonders die Pfahlersteinindustrie ist schließlich ganz erhebliche Mengen ihrer Erzeugnisse nach Holland ab. Als Vertreter des Pfahlersteingewinns ist die blühende Pfahlersteinindustrie des bairischen Waldes nahezu ruiniert worden. (Mein, der liegt ein Jertum Anfalls vor. Das alte Österreich ließ die Pfahlersteine nach vorderer Donauabwärts. Aber jener Staat erhob hohe Einfuhrzölle für Steinergewinn. Red. d. Steinarbeiter.) Die Steinarbeiter beklagen sich mit Recht, daß der österreichische Zoll auf die besten Erzeugnisse der bairischen Granitindustrie die Einfuhr derselben nach Österreich beinahe unmöglich macht. In der Handelspolitik gilt aber ganz besonders das deutsche Wort: „Hand wird nur von Hand gewaschen.“ Wer dem Ausland etwas verkaufen will, muß ihm auch etwas abkaufen, sonst wird er auf trockenem Gefähr. Jeder diesen Widerstreit der wirtschaftlichen Tatsachen im eigenen Bewusstsein kommt auch der Steinarbeiterverband mit den schönsten und vielseitigsten Resolutionen nicht hinweg. Und das läßt uns Steinseiger erkennen, daß wir nicht nötig haben werden, uns in einen Wirtschaftskrieg mit den Steinarbeitern zu führen, zu dem sie im Grunde genommen auf ihrem Verbandstage die ersten Keime gepflanzt haben — für in einer Zeit, wo die Welt mit größter Spannung darauf lauscht, ob wir nach Beendigung des jetzt tobenden Weltkrieges den Wirtschaftskrieg haben werden, oder nicht!

Wenn wir also auch nicht beirrt sind, daß nun die schutzöllnerischen Äußerungen der Steinarbeiter alle reifen werden, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß man auf ihrem Verbandstage zwar auch diesmal wie immer für den Steinseigerfreundliche und entgegenkommende Worte sagte, daß aber die Beschlüsse viel weniger freundliche waren. Das gab sich auch darin zu erkennen, daß man den Vorschlag der Steinseiger, sich an der Propaganda für das Kleinpfahler finanziell zu beteiligen, ablehnte — obwohl in einem umfangreichen Arbeitsprogramm, das der Verbandstag gleichfalls auf Vorschlag des sehr rührigen und vielseitigen Kollegen Staudner angenommen hat, das Postulat enthalten ist:

Förderung der Steinindustrie.

Der Vorstand des Steinarbeiterverbandes selbst hatte dazu nicht Stellung genommen, sondern die Entscheidung dem Verbandstage überlassen. Es spricht außer unserm Kollegen Knoll nur ein Redner zu der Sache, und der führte ein Argument dagegen an, das man sich schließlich auch gegen einen großen Teil der Arbeiten des gesamten Verbandstages selbst machen könnte. Die Beschlüsse werden selber feststellen können, wie das gemeint ist. Aber auch in diesem Ausgang liegt die Schuld mehr an der Debatte über den Pfahlersteingewinn, weil sich der Referent augenscheinlich zur Hauptaufgabe gemacht hatte, weniger die unbedingte Notwendigkeit des Pfahlersteingewinns für die Steinarbeiter zu begründen, als die Argumente der Steinseiger zu entkräften, noch ehe dieselben ausgesprochen waren. So kam es auch, daß dieser Teil seiner Ausführungen recht beträchtlich daneben trat.

Denfalls ist es sehr zu bedauern, daß die von uns angeleitete und täglich genutzte — auch ohne diese Hintergedanken gedachte — Arbeitsgemeinschaft nicht zustande gekommen ist — oder die Schuld daran trägt unseres Erachtens die Steinseiger nicht.

Soweit Knoll in der „Steinseigerzeitung“. Wir wollen in unserer Forderung kurz sein und müssen unsere Kollegen auf das Protokoll des Verbandstages verweisen. Nun zur Sache: Genosse Knoll ist sehr ungeschicklich, weil sich der Verbandstag nicht auf die beantragte „Arbeitsgemeinschaft“ einließ. In diesem Falle sollten angenommen werden: Die Steinseiger, die Steinarbeiter, die Steinindustrie und die Steinarbeiter. Nach den bisherigen geschlossenen Debatten war es ja unmöglich, daß diese Arbeitsgemeinschaft erzielbar gewesen wäre. Die Steinseiger sind gegen den Fall, die Steinseiger rücken immer das große kommunikativste Interesse der Städte in den Vordergrund, so weit die vollste Einfuhr der Pfahlersteine aus Schweden in Frage kommt. Was sollte denn eine solche Arbeitsgemeinschaft Erzielpflichtiges leisten, bei der sich von vornherein schon so große Gegensätze zeigen! Das ist kein Grund, weshalb durch den Verbandstag Ablehnung des ähnlichen Vorschlages. Es bleiben uns dadurch manche Enttäuschungen erspart.

Die Förderung der Steinindustrie läßt sich der Steinarbeiterverband sehr anstrengen sein. Darüber brauchen wir an dieser Stelle kein Wort mehr zu verlieren. Erst kürzlich reisten wir für unsere Kollegen eine große Zahl von Besuchen in der Provinz von 200 000 Mark, welche nach Schweden gelangen sollte. Mit den gewöhnlichen Eisenbahnen über den Verbleib des Kaiser-Wilhelm-Kanals vertrieben es sich eben. Wir verstanden natürlich von Eingehen an die Bundesministerien und Reichsminister und wählten die Städte, doch die Ministerien der Reichsminister haben alle nach Schweden gelangen zu lassen. Wir bezahlten aber die Bundesministerien Ministerien, doch in Zukunft der Bundesminister wieder mehr zur Geltung bringen zu lassen. Es des Jahres 1919 die Förderung der Steinindustrie? Allerdings, Genosse Knoll würde über die Güte des Kleinpfahlers eine umfangreiche Propaganda betreiben, die Kosten hierfür hätten die Steinarbeiter zu tragen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den der Steinarbeiterverband nicht übersehen sollte. Wenn er den norddeutschen Bundesministerien und Reichsminister einen Antrag stellen sollte, die Förderung der Steinindustrie durch unsere Kollegen zu unterstützen, so sollte er sich nicht scheuen, die Kosten hierfür zu tragen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den der Steinarbeiterverband nicht übersehen sollte. Wenn er den norddeutschen Bundesministerien und Reichsminister einen Antrag stellen sollte, die Förderung der Steinindustrie durch unsere Kollegen zu unterstützen, so sollte er sich nicht scheuen, die Kosten hierfür zu tragen.

Wichtige Verbindungsvorschriften

Die Verbindungsvorschriften sind in der beigefügten Broschüre enthalten. Diese Broschüre enthält alle wichtigen Vorschriften für die Verbindung der Steinseiger und Steinarbeiter. Sie ist in deutscher Sprache abgefaßt und enthält alle notwendigen Angaben für die Verbindung der Kollegen. Die Broschüre ist in jeder Ortsgruppe erhältlich. Die Kosten betragen 1 Mark. Die Broschüre ist in jeder Ortsgruppe erhältlich. Die Kosten betragen 1 Mark.

Koalitionsfreiheit Schwierigkeiten bereiten oder sich ohne hinreichenden Grund weigern, Kriegsschädigte zu verwenden, sollen Arbeiten und Lieferungen nicht übertragen werden.

Der § 10 der „Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Bauten, Bauarbeiten und Bauleistungen“ enthält folgende Neufassung:

1. Der Unternehmer darf ohne hinreichenden Grund Kriegsschädigte von der Beschäftigung bei der Ausführung seiner Arbeiten und Lieferungen nicht ausschließen.
2. Der Unternehmer hat der Verwaltung über die mit Handwerkern und Arbeitern in betreff der Ausführung der Arbeiten und Lieferungen geschlossenen Verträge jederzeit Auskunft zu erteilen. Sollte der Unternehmer nicht einem Verbandsangehörigen, der mit den Verbänden der Arbeitnehmer Tarifverträge abgeschlossen hat, so ist er verpflichtet, bei der Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten und Lieferungen die für sein Gewerbe in den für Groß-Berlin bestehenden Tarifverträgen festgesetzten Bestimmungen über die Arbeitszeiten und Arbeitslöhne seinen Arbeitnehmern gegenüber zu beachten. Bestehen solche Verträge nicht, dann ist der Arbeitgeber verpflichtet, seinen Angestellten und Arbeitern hinsichtlich der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes Bedingungen zu bewilligen, die der Billigkeit entsprechen. Der geschäftlichen Freiheit zum Arbeiterzusammenschluß darf er keine Schwierigkeiten bereiten.

Im Streitfall entscheidet über die Erfüllung dieser Verpflichtungen das Einigungsamt des Gewerbegerichts Charlottenburg, und soweit es sich um kaufmännische Angestellte handelt, das Einigungsamt des Kaufmannsgerichts Charlottenburg.

3. Sollte das angemessene Fortschreiten der Arbeiten und Lieferungen dadurch in Frage gestellt werden, daß der Unternehmer Handwerkern oder Arbeitern gegenüber die Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so bleibt der Verwaltung das Recht vorbehalten, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Unternehmer hat die hierzu erforderlichen Unterlagen, Lohnlisten usw. der Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

Entsprechende Vorschriften sind in die allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Arbeiten und Lieferungen nicht baulicher Art aufgenommen.

Diese Neuordnung kann vom Standpunkte der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, der sozialen Kriegsfürsorge, insbesondere für die Kriegsschädigten und der Wirksamkeit der Tarifverträge, insbesondere der Tarifvertragsstreue als im wesentlichen vorbildlich bezeichnet werden und wird des Beifalls aller Anhänger des gewerblichen Einigungswesens und der tariftreuen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewiß sein.

Aus dem Heeresdienst entlassene Kollegen nehmen nur bei solchen Unternehmern Arbeit, welche die ordnungsgemäßen Teuerungszulagen bezahlen.

Zur 4. Teuerungszulage.

Mittweida. Gefordert wurden 30 Prozent in zwei Staffeln. Bewilligt wurden nach zweimaliger Verhandlung am 1. September 10 Prozent, ab 1. Oktober 5 Prozent, ab 1. November 5 Prozent und ab 1. Dezember 10 Prozent. Die Gesamtzulage beträgt damit vom 1. Dezember 1918 an insgesamt 65 Prozent. Damit ist die Zulagenbewegung im hiesigen Granitbezirk erledigt.

Korrespondenzen.

Berlin. In der am 28. Oktober im „Gewerkschaftshaus“ tagenden Versammlung gab Kollege Hirte den Bericht vom Verbandstag. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß es besser gewesen wäre, wenn der Verbandstag in dieser politisch bewegten Zeit nicht getagt hätte. Denn wenn Deutschland siegreich aus diesem Krieg hervorgegangen wäre, dann hätten wir unsere Gewerkschaften in der jetzt bestehenden Form doch nicht behalten (Sonderbare Auffassung — Reaktion) und darum ist es notwendig, daß die Kollegen den Verbandsangelegenheiten mehr Interesse entgegenbringen. Die Entlassung der angestellten Gauleiter wurde von der Versammlung nicht gutgeheißen, indem diese mehr für den Verband rausgeholt hätten, als was durch die Entlassung gespart wurde. Die Kollegen in den ländlichen Bezirken sind eben noch nicht selbständig genug. Im übrigen waren die Kollegen der Ansicht, von einer größeren Diskussion Abstand zu nehmen, da in der jetzigen Situation nur von Fall zu Fall entschieden werden kann. Hieran gab Kollege Hirte den Kassenbericht vom 3. Quartal. Ferner wurde beschlossen, daß sich sämtliche Kollegen, sobald sie arbeitslos werden, auf dem Bureau zu melden haben.

Kamenz (Lausitz). Seit dem 28. Oktober haben wir die ersten Brotmarken als Schwerarbeiterzulage erhalten, welche unsere Kollegen im Kommunalverband Kamenz mit größter Sehnsucht und Freude entgegennahmen. Jeder wird die 8 Pfund Brot noch erhalten. Die Kollegen sind erfreut darüber, daß endlich dieser Erfolg eingetreten ist. Petitioniert und geschrieben hat unsere Lokalbewegung genug in dieser Sache. Wir wollen ihr auch die Anerkennung nicht verlagern.

Sala. Den Bericht über die Verhandlungen und das Ergebnis der Beratungen bezüglich des Verbandstags in Leipzig erstattete Kollege Hermann in der am Sonntag, dem 27. Oktober, stattgefundenen Versammlung. Nach einiger Debatte erklärte man sich mit den Beschlüssen einverstanden. Es wurde weiter der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß mit der Errichtung der besetzten Gauleitungen am 1. Januar 1919 Ernst gemacht wird. Des weiteren sprechen die Kollegen den dringenden Wunsch aus, daß kein roter Feller von Verbandsgeldern für Kriegsarbeits weiter gezeichnet werden solle. Mit der Neuregelung der Beiträge waren die Kollegen einverstanden. Der Verbandsbeitrag wurde für die Kollegen der Zahlstelle Köln I und II ab 1. Januar 1919 auf 1.30 M. wöchentlich festgesetzt.

Im weiteren Punkte der Tagesordnung gab Kollege Herrmann den Briefwechsel mit dem Bezirksvorstehenden des Deutschen Steinindustrieverbandes Herrn Meinardus bekannt. Von den Kollegen wurde lebhaft Klage geführt, daß noch keine Verhandlungen über die gewünschte Teuerungszulage stattgefunden hätten. Herrmann wurde beauftragt, nochmals bei Herrn Meinardus die schnelle Anberaumung einer Sitzung zur Aussprache mit den Arbeitgebern in die Wege zu leiten. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Rundschau.

Als Schwerarbeiter wurden die Kollegen der Granitzahlstelle Salsitz (Lausitz) anerkannt.

Allgemeine Begriffe und großer Dunkel sind immer auf dem Wege, entzweigtes Unglück anzurichten. Anselm Feuerbach.

Wenn der Prophet tut auf den Mund, tut er nicht lauter Weisheit kund; Doch gläubig's gläubiger Senten. Alles als Weisheit zu denken. Rüdert.

Quittung.

Vom 16. bis 31. Oktober gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein:

Abzahlung 14.92, Strobel 43.94, Rath a. E. 19.72, Süplingen 7.26, Oberstein 92.52, Neufors 52.24, Königsmann 122.38, Eigenshausen 61.70, Augsburg 134.90, Reif 102.20, Eigenshausen 55.50, Langenfeld 10.94, Rachtberg 73.16, Rimbach 91.40, Scheplich 9.60, Sauerbrunn 55.90, Werra 26.52, Jellbach 5.90, Saalburg 20.12, Benda 217.65, Braunshornig 29.43, Bremen 53.90, Hof 104.96, Göttingen 23.40, Mühlacker i. E. 14.00, Rimbach 89.40, Rimbach 17.60, Strobel 54.72, Bachelberg 54.76, Braunau 4.90, Offenbach 25.00, Dörsch 80.00, Gommern 29.32, Neudorf 31.84, Eichen 3.00, Reif 0.54, Bismarck 61.56, Eichen 23.24, Eichen 29.50, Rimbach

61.86, Königslutter 82.46, Reiffenhäuser 15.44, Riefa 15.80, Aufmannshausen 26.88, Reichenbach 29.12, Zinnhain 19.78, Obermerzig 13.20, Eberfeld 11.00, Dortmund 11.80, Köln I 178.60, Bonn 31.20, Herbede 25.20, Stettin 10.50, Rimbach 6.84, Kleinriederfeld 38.06, Weifen II 56.56, Treuchtlingen 28.40, Jertich 37.60, Steinwiesen 5.00, Mag 5.00, Jählich 28.43, Dörsch 31.40, Wegnitz 49.68, Dörsch 350.00, Lutter 25.86, Kaiserlautern 58.00, Hall 0.80, Hallsicht 250.06, Kreis 17.40, Eberfeld, 3.18, Gammwede 17.56, Rimbach (Z.) 6.06, Osterholz 33.04, Würzen 280.00.

Hugo Walther, z. Z. Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachung.

Hoh. Sämtliche aus dem Felde und den Garnisonen zurückkehrende Kollegen haben sich, bevor sie bei einer Firma die Arbeit aufnehmen, bei unserer Arbeitsnachweisvermittlungsstelle, welche Kollege Stich innehat, zu melden.

Vorstandsbekanntmachung.

Das Statistische Amt teilt uns (soeben mit, daß die Zahlstellen, die die Arbeitsvermittlung eingeführt haben, von der Meldepflicht nicht befreit werden können. Wir erlauben die betreffenden Zahlstellen, die verlangten Meldungen deshalb auch weiterhin zu machen. Bei eventuellem Kriegsabbruch wird dann sicherlich eine Vereinfachung in der Berichterstattung eintreffen.

Adressenänderung.

Benda. Kassierer Robert Jungmans, Bahnhofstr. 70 f.

Anzeigen

Gesucht wird ein

Schreibgewandter Kriegsbeschädigter für ein Lohnbureau im Erzgebirge. Wochenlohn vorläufig 35 Mark. Reisekosten können vergütet werden. Näheres zu erfragen durch die Expedition des „Steinarbeiter“.

2 Granit-Steinmetzen

bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung sofort gesucht. Granitwert Hermann Röhl & Co., Wolgast i. Pom.

1 bis 2 tüchtige Steinmetzen,

auch Kriegsinvalide, für dauernd gesucht. Steinmetzgeschäft Heinrich Postenrieder in Mering b. Augsburg.

Steinmetz

auf Muschelkalk und Sandstein für Denkmalarbeit findet dauernde Beschäftigung bei O. Staudte, Halle a. S., Huttenstr. 2e.

Wegen Todesfall meines

ersten Steinmetzen

suche ich für diesen einen, welcher alle vorkommenden Steinmetzarbeiten in einem Grabmalgeschäft versteht. Meldungen mit Lohnanprüchen an

Paul Kabad, Steinmetzgeschäft u. Marmorwarenfabrik Frankfurt a. O.

Tüchtige Steinmetzen,

auch Kriegsbeschädigte, auf Kalksteinarbeiten werden für dauernde Arbeit gesucht. Muschelkalksteinwerke Niggel & Hesse, Geroldshausen bei Würzburg.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:

- Heinr. Blank, 38 Jahre alt, aus der Zahlst. Mainz.
- Hermann Bolduan, 36 J. alt, aus der Zahlst. Rostock.
- Wilhelm Fochs, 31 J. alt, aus der Zahlst. Hasserode.
- Max Albin Hahn, 23 J. alt, aus der Zahlst. Rimbach.
- Emil Hesse, 38 J. alt, aus der Zahlst. Pirna-Dresden.
- Johann Holecck, 46 J. alt, a. d. Zahlst. Mühlberg.
- Emil Nebauer, 24 J. alt, a. d. Zahlst. Stadtprozelten.
- Gustav Neumann, 34 J. alt, aus d. Zahlst. Stregau.
- Friedrich Panthen, 42 J. alt, aus der Zahlst. Stettin.
- Max Panthen Sohn, 19 J. alt, aus der Zahlst. Stettin.
- Emil Pollak, 31 Jahre alt, aus der Zahlstelle Hallsitz.
- Alfred Schaefer, 40 Jahre alt, aus der Zahlst. Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

(Wir erlauben die Beiratsleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanmeldungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt werden.)

- In Alt-Bartham II am 25. Septbr. der Sandsteinbrecher Hermann Bormann, 44 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
- In Dresden am 23. Oktober der Sandsteinmetz Willh. Clausnitzer, 70 Jahre alt, an Grippe.
- In Zechendorf am 24. Oktober der Hilfsarbeiter Anton Deuchert, 40 Jahre alt, an Grippe.
- In Reichen am 24. Oktober der Steinseiger Heinrich Wolf, 62 Jahre alt, an Influenza.
- In Steinbach am 25. Oktober der Griffelmacher Rudolf Rob, 44 Jahre alt, an Grippe.
- In Leipzig am 29. Oktober der Sandsteinmetz Albin Dabler, 45 Jahre alt, an Lungenschlag.
- In Pirna am 29. Oktober der Sandsteinbrecher Josef Dörr, 55 Jahre alt, an Grippe.
- In Stadtprozelten am 29. Oktober der Sandsteinmetz Konrad Grassmann, 61 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
- In Hasserode am 30. Oktober der Granitsteinmetz Wilhelm Hesse, 62 Jahre alt, an Grippe.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Verlag von Paul Starke, beide in Leipzig. Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 5.